

## [Transcript] Echo der Zeit / Waldbrandrisiko nimmt mit Trockenheit zu

Radio SRF - Echo der Zeit mit Kristina Scheidecker.

Die Themen vom 18. Juli - Großfeuer im Wallis, der Waldbrand oberhalb von Beaches ist noch nicht vollständig unter Kontrolle, wir sprechen über die Folgen für Mensch und Natur kurz und langfristig. Dann Gassis in Brüssel. Der schwarze Außenminister war für eine Standortbestimmung in der EU-Zentrale. Es folgt vielsagendes Schweigen. Dazu die Analyse. Sicherheit im Biolabor. Wie kann die gewährleistet werden, wenn es keine regelmäßigen Kontrollen gibt? Die Fachfrau gibt Entwarnung. Es heißt natürlich nicht, wenn wir keine Kontrollen haben, dass wir unsicher sind. Und doch bleiben einige Fragen offen. Wir stellen sie einer ausgewiesenen Kennerin der Schweizer Bio-Sicherheitslabore. Und? Streit in der Kirche. Der Ukraine-Krieg

stellt viele gläubige vor schwierige Fragen. Das zeigt unsere Reportage aus dem Westen des Landes. Seit gestern Abend ist die Feuerwehr bei Beach im Oberwallis im Einsatz, um den brennenden Wald zu löschen. Die Lage sei jetzt stabil, aber noch nicht entspannt, sagte heute Nachmittag Einsatzleiter Mario Schaller vor den Medien. Solange es noch Glutnester hat, kann es zu jeder Zeit wieder zu Entfachungen von brennenden führen. Das ist nur die Frage, wie groß das noch werden kann.

Und ob wir durch die starken Winde eine Verfrachtung auf weitere Waldgebiete erleiden müssen. Die Löscharbeiten würden über Nacht weitergehen. Rund 100 Hektar Land sind aktuell vom Waldbrand

betroffen. Ein solch großer Brand kommt in der Schweiz alle paar Jahre vor, etwa bei Isonne 2016 oder bei Fisb 2011. Doch das Risiko nimmt zu mit steigender Trockenheit. Und das sei ein Problem weniger für die Natur als für den Menschen. Das sagt Waldbrandexperte Marco Gonedera.

Elian Leiser hat mit ihm gesprochen. Steile Abhänge, Wind, hohe Temperaturen und Trockenheit, das seien die Hauptzutaten eines Waldbrandes, sagt Marco Gonedera.

Weil die Trockenheit und die hohen Temperaturen durch den Klimawandel zunehmen. Betroffen sind vor allem die Voralpen der Jura, die Alpen Südseite. Und zwar nicht nur vom Feuer, sondern auch von dem,

was das Feuer zurücklässt. Ist zwar ein großer Brand, nämlich erst einmal gelöscht, beginnen die eigentlichen Probleme. Nicht für die Natur. Die Natur selber hat kein Problem damit. Nach so einer Störung entsteht neues Leben, neue Dynamik und so. Aber für den Menschen. Für uns dauere die natürliche Erholungsphase nach einem Brand zu lange, sagt Gonedera, der bei der eidgenössischen Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft arbeitet und den Bund in Sachen Waldbrand gefahren

berät. Das können wir uns nicht leisten, diese langen Rekonstruktionszeiten der Natur zu warten, weil wir brauchen dauernd Sicherheit und Wohnbarkeit von unseren Dörfern. Ein verbrannter Wald bietet

keinen Schutz mehr. Die Folgen sind Erosion, Murgänge, Steinschlag. Deshalb brauche es nach einem großen Waldbrand fast immer so Fortmaßnahmen. Je nachgeben sind das Dämme bei Bechen, Sammelbecken

für rutschende Erdmassen, Fangnetze für Steine. Das ist aufwendig und kostet. Deshalb sei es wichtig, Großbrände möglichst zu verhindern, sagt Gonedera vor Beugen. Da gebe es einen ganzen Strauß an Möglichkeiten. Zum Beispiel, wenn man die Böschungen von der Straße pflegt, dass man an

gefährlichem Standort ein bisschen mehr Vegetation wegnimmt. Für Schweizer Verhältnisse

## [Transcript] Echo der Zeit / Waldbrandrisiko nimmt mit Trockenheit zu

bringe das schon viel. Man müsse nicht ganze Schneisen aus Wäldern schneiden, das sein den betroffenen Gebieten oft gar nicht möglich. Wichtiger sei, im Ernstfall schnell reagieren zu können, mit einer Feuerwehr zum Beispiel, die auf Waldbrand trainiert wurde oder mit einem dichten Netz an Wasser auffüllstellen. Es gibt so die Vorbereitung von Wasserbecken in strategischen Punkte für die Helikopter, dass bei dem Ernstfall die Helikopter nicht zu weit fliegen müssen, um Wasser zu bringen. Das habe auch jetzt in Bitsch im Oberwald es gut funktioniert. In den letzten Jahren sei man in vielen Bereichen besser geworden. Nur eine Schwachstelle bleibt beziehbar konstant, trotz Aufklärungsarbeit der Mensch selbst. Die ganze Bevölkerung zu erreichen und den Verstehen zu lassen, es ist sehr gefährlich. Man muss nicht mit dem Feuer spielen und so. Jeder meint, es kann passieren, es kann groß werden. Ein weggeworfener Zigarettenstummel, eine ungekippte

Laterne, ein allein gelassenes Lagerfeuer, rund 70% der Waldbrände in der Schweiz seien durch den Mensch verursacht. Und das, so Marco Conedera, sollten wir uns in Zukunft nicht mehr leisten. Zu den Nachrichten jetzt mit Patrick Walter. Beginn in der Ukraine. Russland hat nach eigenen Angaben Vergeltung geübt für den Angriff auf die wichtige Brücke zwischen der Halbinsel Krim und dem russischen Festland. Die russische Armee hat in der Nacht die Hafenstätte Odessa und Mikolayev im Schwarzen Meer angegriffen. Ziel sei unter anderem eine Werft für ferngesteuerte Kampfboote gewesen, hieß es aus Moskau. Russland beschuldigte Ukraine mit solchen

Booten, die Krimbrücke angegriffen zu haben. Nach ukrainischen Angaben wurden bei den russischen

Angriffen fast 30 Marschflugkörper und Drohnen abgewehrt. Die Angaben lassen sich nicht unabhängig

überprüfen. Ein US-amerikanischer Bürger hat ohne Bewilligung die Grenze nach Nordkorea überschritten.

Es handelt sich offenbar um einen US-Soldaten. Das berichten die Nachrichtenagenturen Reuters und

AP. Sie berufen sich dabei auf jeweils mehrere US-Regierungsquellen, die anonym bleiben wollten. Südkoreanische Medien hatten zuvor auch schon von einem US-Soldaten berichtet.

Laut dem UNO-Kommando in Südkorea wurde der Mann vermutlich festgenommen, man arbeite der Zeit daran den Vorfall aufzuklären, hieß es. Die Spannungen zwischen den USA und Nordkorea hatten zuletzt wieder zugenommen. Die UNO hat das neue verschärfte Asylgesetz Großbritanniens verurteilt. Das Gesetz widerspreche sowohl dem internationalen Recht als auch der Menschenrechtskonvention.

Es werde weitreichende Folgen haben für Personen, die internationalen Schutz bräuchten. Davor waren der UNO-Hochkommissar für Menschenrechte Volker Türk und der UNO-Hochkommissar für Flüchtlinge Filippo Grandi in einer gemeinsamen Mitteilung. Das britische Parlament hat in der Nacht auf heute das neue Gesetz verabschiedet. Es sieht vor, dass Migrantinnen und Migranten, die illegal mit dem Boot in Großbritannien ankommen, kein Asylgesuch stellen dürfen und sofort verhaftet werden dürfen. Seit Anfang Monat gilt die neue Jagdverordnung des Bundes. Mindestens zum dritten Mal seither wird in der Schweiz ein Wolf zum Abschuss freigegeben,

diesmal im Kanton Bern. Die Berner Umweltdirektion zahlt heute mit. Im Siemenzahl in der Gemeinde

Baltigen ist einem Zeitraum von rund 4 Wochen 13 Schafe gerissen worden, mindestens 6 davon von einem Wolf. Damit sei die neue gesetzliche Vorgabe für einen Abschuss erfüllt. Seit Anfang Juli gelten in der Schweiz neue Regeln für den Abschuss von Wölfen. Laut diesen muss ein Wolf mindestens 6 Tiere in 4 Monaten gerissen haben. Seither hatte der Kanton Wallis den Abschuss von zwei Wölfen erlaubt. Russland setzt das Getreideabkommen mit der Ukraine aus, die Schweiz bedauert das. In einer Stellungnahme des Auswärtigen Amtes heisst es, man hoffe, dass das Abkommen

in naher Zukunft dennoch verlängert werde. Das Abkommen war vor gut einem Jahr geschlossen worden und wurde bislang mehrfach verlängert. Es hatte erst der Ukraine ermöglicht, trotz Krieg Getreide sicher über das Schwarze Meer zu transportieren. Das Abkommen sollte die Lebensmittelversorgung verschiedener Länder sicherstellen und den Getreide Weltmarkt regulieren. Zum Sport. Bei der 16. Etappe der Tour de France hat der Däne Jonas Vingegaard seinen Vorsprung

im Gesamtklassament deutlich ausgebaut. Im Einzelzeitfahren siegt Vingegaard und war dabei über eineinhalb Minuten schneller als sein Konkurrent Tadej Pogacar, der Zweite wurde. Im Gesamtklassament liegt Vingegaard damit eine Minute und 48 Sekunden vor Pogacar. Und Tennis. Beim ATP-Turnierengestart steht der Schweizer Dominic Thiem im Achtelfinale.

In der ersten Runde schlug Thiem den Franzosen 8 durch Fies 7 zu 6 und 7 zu 6.

Nun die Börsendaten von 18.09 geliefert von 6. Der Swiss Market Index schliesst bei 11.104 Punkten plus 1,2 Prozent. Der Dow Jones Index in New York steigt um 1,1 Prozent. Deurer wird zu 96 Grad 33 gehandelt, der Dollar zu 85 Grad 86. Und wie wird das Wetter?

Heute Abend und in der Nacht gibt es einige Regenschauer und lokalkräftige Gewitter. An der Nord bleibt es trocken. Morgen wird es im Flachland wieder sonniger. In den Bergen sind noch einzelne Schauer möglich. Die Temperaturen erreichen im Norden um 29, im Süden bis 32 Grad.

In Brüssel hat sich heute Bundesrat Dmytro Goussyn mit seinem Gegenüber bei der EU-Kommission getroffen, mit Maro Šturlin. Thema des Arbeitstreffens. Ein Zwischenfazit zu den laufenden Gesprächen über die künftigen Beziehungen der Schweiz mit der EU.

Die Erwartungen an das Treffen waren schon im Vorfeld sehr tief. So tief, dass das Schweizer Auswärtigen Amtes lieber gar nicht darüber sprechen will. Seltsam, aber auch bemerkenswert, analysiert EU-Korrespondent Charles Liebhart in Brüssel.

Nun findet er also statt der politische Dialog, den sich Bundesrat Goussyn mit der EU wünschte.

Dass nunmehr Trete treffen mit Maro Šturlin in Brüssel, sollte unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden. Das wäre der Wunsch der eidgenössischen Kommunikationsverantwortlichen

gewesen, die sich mit der Reise des Bundesrates zu befassen hatten. Sonderbar, denn bisher setzten die gleichen Staatsdiener nach jeder Sondierungsrunde auf wortreiche Berichte über marginale Fortschritte im schweizerisch-europäischen Findungsprozess. Wenn aber ein Bundesrat anreist,

federführend in der Pflege der Beziehungen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union darf das kein Thema sein, weil es nichts zu sagen gebe. Dieses Nichtsagen muss interpretiert werden.

Natürlich hat jeder Bundesrat das Recht, in Cognito nach Brüssel zu reisen und vertrauliche Gespräche mit Vertretern der EU-Kommission zu führen. Bundesrat Goussyn muss aber nichts geheimhalten. Alle wissen, dass die Schweizer Regierung gegenüber der EU auf Zeit spielt,

weil sie nichts entscheiden will in Sachen Europa, bis die Parlamentswahlen im Herbst verdaut sind. Als ob das relevant wäre, auch in den europäischen Institutionen werfen ein paar interessierte, regelmäßig einen Blick auf die Schweizer Aktualität. Sie wissen, dass es bei eidgenössischen Wahlen selten zu erdrutschartigen Verschiebungen der politischen Gewichte kommt.

Also gilt es, die Kommunikationsverantwortlichen des Schweizer Bundesrates beim Wort zu nehmen. Sie

wollen uns sagen, es gibt nichts zu berichten über relevante Entwicklungen in den politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zum wichtigsten politischen und wirtschaftlichen Partner der Schweiz. Das ist bemerkenswert, weil es einen Hinweis gibt, wie der Schweizer Bundesrat die Brüsseler Mechanik versteht. In der EU reisen selten Ministern nach Brüssel zu politischen Treffen, ohne politische Botschaften. Da macht der Schweizer Bundesrat aber offenbar gerne eine Ausnahme. Er

kündigt das sogar in einer Mitteilung am Tag vor dem Treffen an, das bloß alter Café serviert würde beim Lunch mit dem Vizepräsidenten der EU-Kommission. Die vom Schweizer Außenminister offiziell zu überbringende Nachricht ist also, dass die Schweiz auf den Wunsch der EU-Kommission nicht eingehen kann, die Beziehungen zur EU bald auf einen normalen Weg zurückzuführen, raus aus der Sackgasse. Das will der Bundesrat lieber nicht öffentlich sagen. Verständlich.

Das ist das Echo der Zeit auf Radio SRF. Bei uns geht es weiter mit der Sicherheit von schwarzer Bio-Sicherheitslaborn, mit der Nachfolgeregelung, die der komboschanische Langzeitherscher anstrebt und mit dem Krieg in der Ukraine, der auch Auswirkungen hat auf die Kirchen

des Landes. In den Hochsicherheitslaborn der Schweiz werden Bakterien und Viren erforscht. Eine heikle Sache. Wenn diese aus den Laboren entweichen, kann es gefährlich werden für Mensch und Tier.

Deshalb müssen diese Laboratorien höchste Sicherheitsstandards erfüllen. Wie gut die Einhaltung dieser Standards jedoch kontrolliert wird, dahinter setzen Politikerinnen und Politiker in Vorstößen auf Bundeshebene einige Fragezeichen. Christian Lerty und Ruth Witwer berichten. In den Laboren würden die Sicherheitskontrollen sehr unterschiedlich ausgeführt, sagt Thomas der Kurten, SVP-Nationalrat und Mitglied der GPK, der Geschäftsprüfungskommission. Akute Mängel

habe man deswegen keine festgestellt. Doch die GPK will nun die Kontrollen der Labore vereinheitlichen. Alle sollen sich an die gleichen Regeln halten müssen. Dazu müsse der Bund die Kontrollen der Kantone intensiver beaufsichtigen. Für die GPK seien diese Verbesserungen dringend,

sagt Thomas der Kurten. Weil das Gefährdungspotenzial sehr hoch ist, weil wir auch die Sensibilität höher haben, nachdem wir eine Covid-19-Pandemie hinter uns haben. Es ist dringend, dass dieses Risiko besser und systematischer angegangen wird. 41 Standorte für Hochsicherheitslaboratorien gibt es

in der Schweiz. Das sind Labore der höchsten Sicherheitsstufen 3 und 4. Diese Anlagen würden zum Teil in großen zeitlichen Abständen kontrolliert, sagt Nationalrat Felix Wettstein von den Grünen. Sie betrügen zwischen 3 und über 16 Jahren. Bei so großen Abständen zweifelt Wettstein an der nötigen Fachkompetenz der Kontrolleure. Es kann nicht wirklich genügen, wenn diese Kompetenz der Fachleute nicht obligatorisch geschult wird, sondern nur freiwillig. Und es

## [Transcript] Echo der Zeit / Waldbrandrisiko nimmt mit Trockenheit zu

kann nicht befriedigen, wenn der Abstand zwischen zwei Kontrollen 15 oder sogar 16,5 Jahre lang geht.

Mit zwei Vorstößen im Parlament hoffen GPK und Nationalrat Wettstein, dass der Bundesrat ihre Verbesserungsvorschläge ernst nehmen wird. Die GPK-Nationalrat befasst sich schon längere Zeit mit der Sicherheit der Labore. Auslöser war ein Prüfbericht der eidgenössischen Finanzkontrolle

EFK vor über zwei Jahren. Wegen Sanierungsarbeiten im Hochsicherheitslabor, im bernischen Mittelhäusern, zweifelte die EFK an der nötigen Sicherheit der Anlage. Zudem fehlten Unterlagen zu den Laborkontrollen.

Ein externer Expertenbericht zerstreute zwar die Sicherheitsbedenken der EFK, aber auch diese Experten erwähnten die großen zeitlichen Abstände zwischen den verschiedenen Kontrollen des Labors

in Mittelhäusern. Das Institut habe die Kritik damals aufgenommen, sagt die Leiterin Barbara Wieland.

Sie ist auch offen für die Anliegen der Politik, die Kontrollen national zu vereinheitlichen. Denn seit ihrem Amtsantritt vor zwei Jahren fänden die Inspektionen nun jährlich statt und die jüngsten Kontrollen könnten auch lückenlos belegt werden. Wenn wir das ändern, da haben wir sicher nichts dagegen, wenn man mehr Inspektionen hat und wenn das weniger sein wird, dann haben wir auch nichts dagegen.

Also für uns ändert sich das wirklich nichts.

Die Berichte rund um die Sicherheit der biologischen Labore brachten nun die Politik zum Handeln. Als Nächstes wird sich der Bundesrat mit den politischen Vorstößen zu den Laboratorien befassen. Warum sind die Kantone bei den Kontrollen der biologischen Sicherheitslabore so unterschiedlich unterwegs und wie sicher sind diese Labore wirklich?

Wir haben nachgefragt bei Kathrin Sommamatta. Sie ist als Bio-Sicherheitsexpertin für die Weltgesundheitsorganisation tätig und leitet das Bio-Sicherheitszentrum der Universität Bern. Kathrin Sommamatta hat auch lange für das Hochsicherheitslabor in Mittelhäusern gearbeitet. Brutweth hat mit ihr gesprochen.

Parlamentarierinnen und Parlamentarier machen sich Sorgen um die Sicherheit der Hochsicherheitslabore.

Sie würden zu wenig oft und zu wenig kompetent kontrolliert. Teilen Sie diese Sorgen?

Ich kann sie natürlich verstehen, weil es ist ein sehr komplexes Thema und die Sicherheit geht natürlich immer vor.

Es heißt natürlich nicht, wenn wir keine Kontrollen haben, dass wir unsicher sind.

Die Schweiz hat im internationalen Vergleich einen sehr hohen Stellenwert.

Das kann ich selber beurteilen, weil ich verschiedene Labore auch international gesehen habe, aber auch in der Schweiz die meisten dieser Sicherheitslabore kenne.

Können Sie sagen, die Hochsicherheitslabore in der Schweiz sind alle sicher?

Grundsätzlich.

Die sind sicher.

Es gibt immer Verbesserungspotenzial im Sicherheitsbereich.

Das heißt aber nicht, dass sie unsicher arbeiten.

Und jedes dieses Sicherheitslaboratorien ist aufgebaut wie eine Zwiebel.

## [Transcript] Echo der Zeit / Waldbrandrisiko nimmt mit Trockenheit zu

Und es gibt verschiedene Zwiebelschalen, bis ich schlussendlich zum Kern komme, wo dann eben die Gefährdung ist.

Es gibt ausgeklügelte Sicherheitsstandards.

Können Sie das etwas konkreter sagen? Was ist da gemeint?

In jedem Labor, das ist ein System, wo wir verschiedene technische Systeme haben, wie beispielsweise eine Filteranlage, eine Lüftung etc.

Und die sind je Labor unterschiedlich.

Da gibt es nicht ein Standard, den man auf alle Labore anwenden kann.

Und die Systeme spielen zusammen.

Das heißt, jedes Labor hat eben einzigartige solche Sicherheitssysteme.

Jedes Labor ist quasi wie ein Einzelfall.

Man muss anschauen, was wird darin gemacht, wo steht es, was für Geräte brauche ich, wie viele Personen sind darin.

Es sind ziemlich viele Fakten, die eben dann eine Rolle spielen.

Nun, es soll Labore geben, in denen die Sicherheit nach 16 Jahren wieder mal kontrolliert wird.

Was bedeutet das denn für die Sicherheit des betroffenen Labors? Sie sagen, die sind alle sicher?

16 Jahre ist für mich wirklich eine riesige Spanne, die ich persönlich nicht für gut befinde.

Ich bin selber in so einem Labor tätig und ich bin immer sehr positiv eingestellt, wenn wir eine Inspektion haben.

Weil dann kann man eben auch zeigen, wie unser System funktioniert und wie sicher wir sind.

Und das kann ich natürlich nicht, wenn ich 16 Jahre lang niemand habe.

Vielleicht müssen wir das kurz einordnen. Warum sind solche Inspektionen in den Laboren wichtig?

Warum werden sie überhaupt überprüft?

Es ist auf der einen Seite ganz klar, dass der Stand der Technik angeschaut wird.

Also, was gibt es heute für Gerätschaften? Werden die beispielsweise richtig gewartet?

Und auf der anderen Seite ist es natürlich auch so, dass wir Bewilligungen brauchen.

Sind diese vorhanden und machen wir als Betreiber, die diese Gruppewertung, so wie es vom Gesetzgeber auch gefordert ist.

Und schlussendlich ist es auch ein Vorzeigen gegen Außen, dass wir sagen können, okay, wir arbeiten gemäß den gesetzlichen Vorgaben des Schweiz.

Nun hat Corona ja gezeigt, was ein Virus weltweit für Folgen haben kann.

Politiker fordern jetzt einheitliches Standards, mehr Kontrollen,

eine stärkere Aufsicht, die hat vielleicht versagt im Beispiel,

dass wir vorhin diskutiert haben von den 16 Jahren.

Nun, unterstützen Sie das? Macht das Sinn?

Also, eine Harmonisierung und die Vereinheitlichung der Inspektionsrhythmen,

so wie was genau angeschaut wird auf nationaler Ebene, macht sicher Sinn.

Dass man einen Austausch fördert zwischen den Inspektoren,

dass die Betriebe auch wissen, nach welcher Checkliste beispielsweise inspeziert wird, das macht durchaus Sinn.

Heute sind ja die Labore selber zuständig für die Sicherheit.

Sie werden von den Kantonen kontrolliert, aber offenbar ungenügend.

Und die Politik will jetzt, dass der Bund seine Oberaufsicht verstärkt, also gesetzlich verankert quasi.

## [Transcript] Echo der Zeit / Waldbrandrisiko nimmt mit Trockenheit zu

Finden Sie das notwendig und gut?

Die Inspektionen sind gesetzlich verankert.

Ich glaube nicht, dass man jetzt noch ein zusätzliches Gesetz schaffen muss, weil das hilft niemandem.

Man muss das System, das man jetzt hat, vielleicht überprüfen.

Wo haben wir Schwachstellen?

Und dass man diese Schwachstellen dann eben auch angeht und beispielsweise eine Harmonisierung der Inspektionen anstrebt.

Weil es sind ja oft die Kantone, die die lokalen Gegebenheiten am besten kennen.

Der Kanton Bern weiß genau, wenn ich mein Sicherheitslabor habe, dann weiß er, was alles rundherum ist.

Und der im Tessin, der in St. Gallen, die kennen das am besten.

Und daher macht es keinen Sinn meines Erachtens, dass man eine zentrale Stelle einrichtet, die dann alles inspeziert.

Dann wären Sie wohl auch nicht dafür, weltweit abgestimmte Standards einzuführen?

Nein, es gibt Standards, die Minimalkriterien definieren, aber man kann nicht von einem Land aufs andere schließen.

Jedes Land ist einzigartig und hat eben auch seine klimatischen Bedingungen, seine kulturellen Bedingungen und die Umweltbedingungen, die eben berücksichtigt werden müssen.

Und daher kann man nicht ein Standard für die ganze Welt machen.

Das sagt Katrin Sommamatta, die Biologin leitet das Biosicherheitszentrum der Universität Bern, die Fragen stellte Ruth Witwer.

Seit bald vier Jahrzehnten ist Hunsen Premierminister von Kambodscha.

Die Mehrheit der Bevölkerung kennt keinen anderen Machthaber als ihn.

Und daran wird sich bei den Wahlen am Sonntag kaum etwas ändern.

Hunsens Partei ist die einzige im Parlament.

Damit das auch langfristig so bleibt, arbeitet Hunsen bereits an seiner Nachfolge.

Erstmals kandidiert am Sonntag sein Sohn, Hunmanet, Martin Aldrovandi.

Neben der Regierungspartei nehmen 17 weitere Parteien an den Parlamentswahlen in Kambodscha teil.

Von einer demokratischen Wahl könne jedoch keine Rede sein, sagt der kambodschanische Politanalyst Sengsari.

Es sind Wahlen, die von der Regierung von Hunsen als politisches Instrument benutzt werden, um an der Macht zu bleiben.

Die Wahlen dient der Legitimität der Regierung, sagt Sengsari.

Er fühlt sich in seiner Heimat nicht mehr sicher und lebt inzwischen in Australien, wo er politisches Asyl erhielt.

Kritik an seiner Person oder gar oppositionelle, die seine Macht herausfordern, akzeptiert Premierminister Hunsen nicht.

Das bekam etwa die Candlelight-Partei zu spüren.

Als einziger Oppositionspartei wurden ihr bei den kommenden Parlamentswahlen Chancen ausgerechnet.

Die Behörden disqualifizierten die Partei vor den Wahlen und ließen mehrere Führungspersonen der Partei festnehmen.

Sengsari spricht von einem heiklen Zeitpunkt.

Die Regierung wolle bei diesen Wahlen nämlich auf Nummer sicher gehen, insbesondere Dachunsen seinen Sohn Hunmanet als Nachfolgeraufbau.

Die geplante Machtübergabe nach den Wahlen, sein kluger Schachzug des Vaters.

Hunmanet ist dann zwar Premierminister, die wahre Macht bleibt aber beim Vater, der im Hintergrund weiterhin die Kontrolle hat.

Der Sohn kann sich einarbeiten und nach zwei Amtszeiten, also nach zehn Jahren, ist Hunsen Anfang 80, bis dann hat der Sohn genügend Regierungserfahrung gesammelt.

Wenn Hunmanet die Macht erst übernehmen würde, nachdem der Vater gestorben sei, sagt Sengsari, hätte der Sohn mit potentiellen Herausfordern,

innerhalb der Regierungspartei zu kämpfen.

Immerhin, in der kampuschanischen Öffentlichkeit scheint Hunmanet beliebt zu sein.

Doch Sengsari ist skeptisch.

In den sozialen Medien und in den Regierungsträumenmedien ohnehin sieht es tatsächlich so aus, als wäre er sehr beliebt bei der Jugend.

Doch viele haben schlicht Angst vor dem mächtigen Vater und tun so, als würden sie den Sohn mögen.

Hunmanet verbrachte viel Zeit im Westen.

Er studierte in Großbritannien und in den USA.

Er besuchte sogar die angesehene Westpoint Militäarakademie.

Die Hoffnung einiger, dass Hunmanet deshalb eine provestliche, eine demokratische Politik verfolgt, teilt Sengsari nicht.

Im Gegenteil.

Eine Eliteausbildung im Ausland, im Westen, sei doch keine Garantie dafür, dass jemand ein guter Regierungschef werden würde, sagt Sengsari.

Und er verweist auf den nordkoreanischen Machthaber Kim Jong-un, der in der Schweiz die Schule besucht habe und dennoch ein Diktator sei.

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat Folgen für das religiöse Leben im Land.

Denn zahlreiche orthodoxe Kirchen, Klöster und Priester in der Ukraine sind nach wie vor mit Moskau verbunden.

Diese geraten nun unter Druck.

Zum Beispiel im Westen des Landes.

Dort haben zahlreiche Kirchen den Wechsel zur nationalen orthodoxen Kirche der Ukraine vollzogen.

Mietverträge wurden aufgelöst, Priester ausgewechselt.

Die Gläubigen reagieren mit gemischten Gefühlen.

Der Reportage aus Lviv in der Westukraine von Auslandredaktorin Judith Huber.

Die Glocken der St. Georgskirche in der westukrainischen Stadt Wiv rufen zum Gottesdienst.

Das Gotteshaus, erbaut Ende des 19. Jahrhunderts für die orthodoxengläubigen der multikulturellen Stadt,

befindet sich in einem ruhigen grünen Quartier im Zentrum.  
Im Halbtunkel der Kirche, vor der prächtigen Iconostase,  
zelebriert Vater Ollech die Liturgie.  
Er trägt eine schwarze Robe  
und ein schweres goldenes Kreuz um den Hals.  
Bis vor Kurzem war das Gotteshaus das wichtigste  
der verbliebenen drei Kirchen in Lviv,  
die der ukrainisch orthodoxen Kirche Moskauer Patriarchats angehörten.  
Doch das ist nun Geschichte.  
Vater Ollech sagt ...  
Am 5. April habe die Kirchgemeinde beschlossen,  
zur nationalen orthodoxen Kirche der Ukraine überzutreten.  
Diese existiert seit 2019 und ist vollkommen unabhängig von Moskau.  
Einige der Priester hätten bei dem Wechsel mitgemacht.  
Andere nicht, erklärt Vater Ollech.  
Wo Letzteren nun sind, weiß er nicht.  
Manche hätten wohl in den verbliebenen  
pro russischen Kirchen Unterschlupf gefunden.  
Er selbst gehört zur ukrainischen Nationalkirche  
und wurde im April als Gemeindevorsteher eingesetzt.  
... bis zur Zerkonoslovianischen Moskauer,  
jetzt zur ukrainischen Moskauer.  
Seither wird die orthodoxe Liturgie hier auf ukrainisch gesungen  
und nicht mehr auf altkirchenslavisch.  
Doch warum das alles?  
Vater Ollech sagt, seit der Großinvasion Russlands in die Ukraine  
habe man beobachten können,  
dass sich pro russische ukrainische Priester  
auf die Seite des Feindes gestellt hätten.  
Einige hätten Russland wichtige Informationen weitergegeben,  
ja sogar als Artilleriebeobachter fungiert.  
Tatsächlich beschuldigt der ukrainische Staat  
die orthodoxe Kirche Moskauer Patriarchat  
der pro russischen Propaganda.  
Kirchen und Klöster wurden durchsucht,  
gegen zahlreiche Kläriker wurden Strafverfahren  
wegen Verrats und Kollaboration mit Moskau eröffnet.  
Die ukrainische orthodoxe Kirche Moskauer Patriarchats  
weist die Vorwürfe zurück.  
Sie bezog kurz nach Beginn der Invasion Stellung gegen den Krieg  
und distanzierte sich von der russisch-orthodoxen Mutterkirche.  
Doch solange sie nicht komplett mit Moskau bricht,  
bleibt er verdacht, dass sie im Dienste des Aggressors steht.  
Denn nach wie vor ist der russische Patriarch Kiril hier überhaupt

und Kiril ist ein großer Befürworter des russischen Krieges gegen die Ukraine.  
Er sieht Russland in einem metaphysischen Kampf des Guten gegen das Böse.  
Kein Wunder sind in der Ukraine  
viele orthodoxe Kirchgemeinden zur nationalen Kirche gewechselt  
und mit ihnen viele Gläubige.  
Die pro-russische orthodoxe Kirche hat einen massiven Vertrauensverlust erlitten.  
So ging es auch dieser alten Frau,  
die wir auf dem Platz vor der St. Georgskirche treffen.  
Sie habe sich bis zur russischen Invasion nie Gedanken über diese Kirche gemacht, sagt sie.  
Dass ihr sei einfach die nächstgelegene orthodoxe Kirche gewesen  
und niemand habe ihr gesagt, wohin die Spendengelder gingen, nämlich nach Moskau.  
Doch ganz so reibungslos wie von Vater Oleh geschildert,  
ging der Übertritt der Kirchgemeinde St. Georg wohl nicht über die Bühne.  
Lokale Medien und Anwohner berichten von heftigen Streitereien zwischen den Gläubigen und von  
Polizeipräsenz.  
Nur 140 Kilometer westlich von Lviv, im Städtchen Patschaev,  
ist die russisch-orthodoxe Welt noch in Ordnung.  
Zumindest auf den ersten Blick.  
Hier auf einem Hügel thront ein prächtiges Kloster,  
das den Ehrentitel Lavra trägt und dem Moskauer Patriarchat unterstellt ist.  
Viele sind an diesem Sonntag hierhergekommen.  
Familien, alte Frauen, Menschen, mittleren Alters.  
Eine 35-jährige elegante Frau in pinkfarbigem Kleid ist aus Lviv hergereist.  
Ihre Kirche sei geschlossen worden.  
Ein Übertritt zur ukrainischen Nationalkirche kommt für sie nicht in Frage.  
Deshalb sei sie hier, um ihren Glauben zu leben.  
Doch auch das Kloster Patschaev steht unter dem Verdacht der Kollaboration mit den Russen.  
Bei einer Razzia wollen die Behörden Propagandamaterial gefunden haben,  
in dem behauptet wird, es gebe keine ukrainische Sprache  
und keinen ukrainischen Staat.  
Deshalb gibt es Bestrebungen,  
dieses wichtige religiöse Zentrum im ukrainischen Staat zu übergeben.  
Wohin geht sie dann?  
Wir werden dafür beten, dass sie uns dieses Heiligtum nicht wegnehmen.  
Und wer das wagt, der wird schnell die Strafe Gottes spüren.  
Was sie nicht sagt oder nicht weiß,  
das weitläufige Kloster hat eine wechselhafte Geschichte hinter sich  
und war nicht immer russisch-orthodox,  
sondern gehörte früher zur griechisch-katholischen Kirche.  
Und was sagen die Mönche zum Vorwurf?  
Sie seien ein Sicherheitsrisiko für den ukrainischen Staat?  
Trotz hartnäckigen Nachfragens will niemand ins Mikrofon sprechen.  
Ein ranghoher Mönch, sagt schließlich widerwillig,  
die Vorwürfe der Behörden entbeerten jeder Grundlage.

## **[Transcript] Echo der Zeit / Waldbrandrisiko nimmt mit Trockenheit zu**

Ihr Kloster habe nichts mit Politik zu tun.  
Sie seien ausschließlich um das Seelenheil der Gläubigen bemüht.  
Gesprächiger sind drei alte Frauen,  
die wir auf dem Klostergelände treffen.  
Sie sagen, der von Russland losgetretene Krieg sei an allem Schuld.  
Früher habe niemand darauf geachtet,  
in welche orthodoxe Kirche er gegangen sei.  
Doch nun herrschten Zank und Feindseligkeit.  
Sie verkehrten nun nicht mehr so oft mit früheren Freunden,  
die sich für die ukrainische Nationalkirche entschieden hätten.  
Und so hat der Großangriff Russlands auf die Ukraine dazu geführt,  
dass sich das Land auch religiös vom aggressiven großen Nachbarn loslöst.  
Und auch das ist, so zeigt sich, mit großen Schmerzen und Konflikten verbunden.  
Die Reportage von Judith Huber gehört im Echo der Zeit.  
Redaktionsschluss ist um 18 Uhr 34.  
Beantwortlich für die Sendung Damian Rast  
für die Nachrichten Roger Brandlin  
am Mikrofon Christina Schadega.